

Dringliche Anfrage

Hannover, den 07.09.2026

Fraktion der CDU

Hybride Angriffe auf Niedersachsen: Wie gut sind unsere kritischen Infrastrukturen geschützt?

Der Schutz Deutschlands vor hybriden Angriffen ist angesichts der sicherheitspolitischen Lage zunehmend in den Fokus der öffentlichen Diskussion gerückt. Zu hybriden Bedrohungen zählen u. a. Sabotageakte gegen kritische Infrastruktur, Cyberangriffe, Spionage, Desinformation sowie der Einsatz unbemannter Luftfahrtsysteme. Am 1. September 2026 erklärte die Bundesregierung, nach Auswertung polizeilicher und nachrichtendienstlicher Erkenntnisse sei Russland für den versuchten Anschlag mit einer mit Sprengstoff bestückten Drohne auf den Flughafen Leipzig/Halle am 4. August 2026 verantwortlich. Bundesinnenminister Alexander Dobrindt erklärte, die am Tatort festgestellte Drohnenkonfiguration sowie der verwendete Sprengstoff und die Zündtechnik seien aus anderen hybriden Operationen Russlands bekannt. Die Bundesregierung spricht ausdrücklich von einem „hybriden Angriff“.¹

Auch in Niedersachsen berichten Sicherheitsbehörden seit längerem über entsprechende Bedrohungslagen. Der Norddeutsche Rundfunk berichtete bereits über Drohnensichtungen über kritischer und militärischer Infrastruktur in Niedersachsen. Innenministerin Behrens erklärte hierzu, es lägen Erkenntnisse vor, wonach die Drohnen Russland zuzuordnen seien. Zugleich wurde in der Berichterstattung auf Schwierigkeiten der Sicherheitsbehörden bei der wirksamen Detektion und Abwehr solcher Drohnen hingewiesen.² Am 7. August 2026 bezeichnete die Landesinnenministerin den Vorfall am Flughafen Leipzig/Halle als „Weckruf“.³ Am 13. August 2026 forderte sie angesichts der aktuellen Bedrohungslage mehr Unterstützung durch den Bund.⁴

Andere Länder haben parallel eigene Maßnahmen zum Ausbau ihrer Drohnenabwehr ergriffen. Die *WELT* berichtete am 3. September 2026, dass Schleswig-Holstein mehr als 50 neue Stellen für die Drohnenabweereinheit und die damit verbundene Ermittlungsarbeit geschaffen und 7 Millionen Euro in moderne Drohnenabwehrtechnik investiert habe.⁵

Ministerpräsident Lies äußerte sich nach der jüngsten Bewertung der Bundesregierung zur aktuellen Bedrohungslage. Er erklärte via Social Media am 2. September 2026, Cyberattacken, Spionage und Sabotage müssten ernsthafte Konsequenzen nach sich ziehen. Zugleich forderte er, die kritische Infrastruktur besser zu schützen, die Drohnenabwehr auszubauen, die Zusammenarbeit der Sicherheitsbehörden zu verbessern und Betreiber kritischer Infrastruktur stärker zur Abwehr hybrider Bedrohungen zu befähigen.

Aktuell werden darüber hinaus mögliche Sabotagehandlungen gegen die Stromversorgung in mehreren Ländern untersucht. Am 4. September 2026 berichteten Medien über einen Polizeieinsatz an

¹ <https://www.tagesschau.de/eilmeldung/bundesregierung-drohne-flughafen-leipzig-halle-russland-100.html>

² <https://www.ndr.de/nachrichten/niedersachsen/Drohnen-Sabotage-Spione-Behrens-warnt-vor-Bedrohungslagen.drohnen428.html>

³ <https://www.ndr.de/nachrichten/info/nds-innenministerin-behrens-drohne-in-leipzig-ist-weckruf.sicherheit-192.html>

⁴ <https://www.ndr.de/nachrichten/niedersachsen/drohnenabwehr-behrens-fordert-mehr-unterstuetzung-vom-bund.drohnenabwehr-136.html>

⁵ <https://www.welt.de/regionales/hamburg/article6a9974de240b302c8a8381a7/schleswig-holstein-verstaerkt-schutz-kritischer-infrastruktur.html>

einem Umspannwerk in Ganderkesee im Landkreis Oldenburg. Anlass waren verdächtige Feststellungen auf dem Gelände. Ob ein Zusammenhang mit anderen mutmaßlichen Sabotagefällen besteht, ist Gegenstand weiterer Ermittlungen.⁶

Bereits am 17. Juni 2025, also vor über einem Jahr, hatte die CDU-Landtagsfraktion mit dem Entwurf eines „Gesetzes zum polizeilichen Einsatz und zur Abwehr von Drohnen“ (Drs. 19/7488) vorgeschlagen, im Niedersächsischen Polizei- und Ordnungsbehördengesetz eine ausdrückliche Rechtsgrundlage für die Detektion und Abwehr gefährlicher unbemannter Fahrzeugsysteme zu schaffen, der im Landtag durch die regierungstragenden Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen bislang nicht unterstützt wurde.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Welche konkreten Maßnahmen hat die Landesregierung seit ihrem Amtsantritt im November 2022 gegebenenfalls selbst ergriffen, um kritische Infrastrukturen in Niedersachsen vor hybriden Angriffen zu schützen?
2. In welchem Umfang sind die niedersächsischen Sicherheitsbehörden gegenwärtig personell, technisch und rechtlich in der Lage, feindliche Drohnen zu erkennen und wirksam abzuwehren?
3. Welche Maßnahmen gedenkt die Landesregierung angesichts der aktuellen Bedrohungslage gegebenenfalls zu ergreifen, um bestehende Lücken beim Schutz kritischer Infrastrukturen und bei der Drohnenabwehr in Niedersachsen zu schließen?

Carina Hermann

Parlamentarische Geschäftsführerin

⁶ https://www.ndr.de/nachrichten/niedersachsen/oldenburg_ostfriesland/polizei-am-umspannwerk-in-ganderkesee-im-einsatz-sabotage.umspannwerk-154.html